

# Pöfener Zeitung.

Achtundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 186.

Das Abonnement auf diese Zeitung beträgt jährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 15. März  
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1875.

**Annoncen-Bureau:**  
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 10.)  
bei C. H. Alric & Co.  
Breitestraße 14.  
in Gnesen bei Ch. Spindler,  
in Grätz bei F. Strifand,  
in Breslau bei Emil Bahab.

**Annoncen-Bureau:**  
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Haube & Co. —  
Hanssen & Högler, —  
Kudolph Mosse.  
In Berlin, Dresden, Göttingen beim „Zentralblatt.“

## Die Rede des Kultusministers Dr. Falk

In der letzten Donnerstag-Sitzung des Abgeordnetenhauses gegenüber den Beschwerden des Abgeordneten Kantak liegt bereits im stenographischen Bericht vor und lautet danach wie folgt:

Auf denjenigen Punkt, den der Hr. Abg. Kantak selbst als einen bezeichnet, der noch eine spezielle Erwiderung in diesem hohen Hause finden würde, will ich im Hinblick auf die Zukunft hier nicht eingehen, obwohl ich es könnte. Ich mag nur die eine Versicherung abgeben, daß über die Frage, ob der deutsche Unterricht oder richtiger der Unterricht in der deutschen Sprache in den unteren Klassen des Mariengymnasiums zu Posen einzuführen sei und in wie weit, sehr ausgiebigen Erörterungen zwischen den Provinzialbehörden und der Generalinspektion stattgefunden haben, und daß diese später von mir näher zu kennzeichnender Korrespondenz auf das Deutlichste an den Tag gelegt, daß keineswegs die von Posen ausgehenden Vorschläge hier so unbedenkenlich acceptirt wurden. Der Hr. Abgeordnete hat, glaube ich, sich die Sache, insofern es sich um die Heranziehung von Bemerkungen handelte, etwas erschwert, indem er sich verpflichtet hielt, immer eine Gegenposition herauszufinden, an die er seine Bemerkungen knüpfte. Namentlich kam es mir etwas gewaltsam vor, an die Summe von, glaube ich 50 Tbfm., für einen jüdischen Religionslehrer alle Beschwerden und Widersprüche anzuführen, über die Frage des katholischen Religionsunterrichts in der Provinz Posen. Ich glaube, es wäre nach der Praxis des Hauses gar nicht nötig gewesen, er hätte ohne Weiteres seine Bemerkungen machen können. — Es ist Ihnen nun nicht unbekannt, wie es mit dem Religionsunterricht in der Provinz Posen gegangen ist. Die Angelegenheit ist bei der vorjährigen Staatsberatung erörtert worden und, irre ich nicht, auch aus Anlaß zweier Interpellationen. Es entspann sich zwischen der Staatsregierung und dem damaligen Erzbischof von Gnesen und Posen ein Streit darüber, wem das Recht gebühre, zu bestimmen, in welcher Sprache Religion in der höheren Schule zu lehren sei und ich glaube mich sicher zu erinnern, daß in seiner weit überwiegenden Majorität dieses hohe Haus der Staatsregierung darin beistimmte, daß das Recht der Staatsregierung sei. Es ist damals zum Ausdruck gekommen, daß überall da, wo sonst der Unterricht in deutscher Sprache gegeben wird und das Verständnis für die deutsche Sprache vorhanden sei auch der Religionsunterricht in deutscher Sprache zu erteilen sei. Sie wissen, welche Konflikte daraus erwuchsen, Sie wissen, daß der damalige Erzbischof den Religionslehrern befahl, den Anweisungen des Staates nicht nachzukommen, daß er Privatschulen neben dem Gymnasium etablierte und daß diese Privatschulen allerdings von der Staatsregierung nicht gebildet worden sind. Sie wissen aber auch weiter, daß die Staatsregierung sich bemüht hat, soweit sie das überhaupt kann, Religionslehrer für die höheren Lehranstalten zu gewinnen. Es sind das keine unqualifizierte Leute, sie haben alle vor der betreffenden Prüfungskommission ihr Examen ablegen müssen, oder aber es sind solche Persönlichkeiten, — und deren existieren noch einige — welche bereits früher ausdrücklich von dem früheren Erzbischof benannt waren, oder aber unter seinen Augen den Unterricht erteilten. Das Letztere gilt namentlich für gewisse untere Klassen. Nichtsdestoweniger ist es gelungen, in einigen Gymnasien den Unterricht wieder herzustellen. Es gilt dies insbesondere von den Gymnasien in Gnesen, in Inowracław, Wronow und dem Progymnasium in Trzemeszno, ich erlaube mir noch nicht „Trzemeszno“ zu sagen, — also dort ist es gelungen, den Religionsunterricht fast durchweg wieder herzustellen.

Der Hr. Abgeordnete sagt, das gesehe nur dadurch, daß man den Schülern gegenüber Zwang anwende. Meine Herren, es gelten für diese Fälle ganz dieselben Grundsätze, welche überhaupt auf die Dispensation vom Religionsunterricht gelten; es tritt eine Dispensation ein, sobald ein richtiger Ersatz gewährt und nachgewiesen wird; in Folge dessen sind auch eine ganze Reihe von Schülern dispensirt worden. Die Dispensation ist nicht immer nachgesucht, es findet sich eine unter den Anstalten — ich weiß im Augenblick nicht welche — wo bisher gar kein Dispensationsgesuch vorgekommen ist; an anderen sind 8 bis 12 bewilligt, 1 bis 2 zurückgewiesen, weil man die ausgewählten Persönlichkeiten nicht für geeignet fand, denn einem von dem Gymnasium entfernten Lehrer — entfernt, weil er die Anordnungen des Staates keine Folge leistete — hat die Schulbehörde allerdings alle Ursache zu einem Unterricht für unzulässig zu erachten, der an Stelle des Unterrichts in der Klasse treten könnte.

Der Hr. Abgeordnete hat sich darüber beschwert, daß sogar der Besuch des Gottesdienstes verweigert würde. Er hat das Beispiel von Schneidemühl und noch ein anderes angeführt, über das ich nicht in Formit bin. Ueber Schneidemühl bin ich zufällig informiert, und da wird ausdrücklich konstatiert, daß die Nachricht, es sei der Besuch des Gottesdienstes verboten worden — nicht in Schneidemühl, sondern in Pafel, ich habe mich deswegen geirrt, weil der Gymnasial-Direktor Schneider heißt — also es sei dort der Besuch des Sonntagsgottesdienstes verboten, unrichtig ist. Es wird gesagt, daß es sich gar nicht um Gottesdienst handle, sondern lediglich darum, daß der Geistliche in der Kirche Religionsunterricht erteile. Es wird in diesem Augenblick die Kirche als ein Weichbild unterrichtet ist oder ob es sich um eine Privatrechtsangelegenheit handle und danach wird die Entscheidung getroffen werden; im ersten Fall natürlich zu Gunsten des Geistlichen, im zweiten zu seinen Ungunsten.

Ich glaube also, daß dieses Kapitel nicht so dunkel sich ausnimmt, wie der verehrte Hr. Abgeordnete glauben zu müssen.

Was das Gymnasium zu Trzemeszno betrifft, um das beiläufig zu erwähnen, so hat bisher die Unterrichtsverwaltung nicht die Ueberzeugung gewonnen können, daß daselbst das Bedürfnis eines Gymnasiums vorliege, namentlich nachdem in jener Gegend in den letzten Jahren eine Reihe von Gymnasien geschaffen oder Progymnasien zu Gymnasien erweitert worden sind. Außerdem sind die Kolonialverhältnisse von Trzemeszno, auch abgesehen von den Rücksichten auf die Sprache keineswegs solche, daß sie es wünschenswert machen könnten, die Anstalt daselbst zu einem vollen Gymnasium zu entwickeln. Das sind die Gründe gewesen, aus welchen bisher auf derartige Anträge der Kommune nicht eingegangen ist.

Der Hr. Abgeordnete hat auf die Verlegung von Lehrern polnischer Nationalität aus der Provinz Posen angeführt. Ich habe dieselben sämtlich im Interesse des Dienstes vorgenommen und ich glaube, es herrscht über die meisten Verlegungen zwischen dem Herrn Abgeordneten und mir vollkommene Klarheit. In den meisten Fällen handelt es sich um Verlegung von Lehrern des Mariengymnasiums zu Posen und bereits im vergangenen Jahre habe ich gesagt, daß ich das Mariengymnasium zu Posen für einen Herd unredlichen Polonismus halten müßte, und daß ich in solcher Ueberzeugung diese Maßnahme in größerem Umfange, als es sonst vielleicht nötig gewesen wäre, bei diesem Gymnasium habe eintreten lassen. Ich muß hinzufügen, daß ich in der Auswahl der Orte, an welche betreffende Männer, namentlich

wenn es sich um weite Entfernungen handelte, verlegt wurden, mich bemüht habe, ihre Interessen vollständig wahrzunehmen. Ich glaube, es ist keine so böse Sache, von dem Mariengymnasium zu Posen nach Coblenz verlegt zu werden; auf der anderen Seite sind Orte gewählt, wo es möglich gewesen ist, eine höhere Einnahme zu gewähren; genug, was ich habe thun können bei Berücksichtigung der Personen, das ist von meiner Seite geschehen.

Der Herr Abgeordnete hat jedenfalls einen Spezialfall ganz besonders im Auge gehabt, der sich in Schrimm ereignet hat. Dieser Spezialfall ist ganz für sich behandelt worden. Die Verlegung der betreffenden Person ist seit lange von Seiten des Schulkollegiums in Posen, selbst als noch andere Schulkollegien da waren, als dringend notwendig bezeichnet worden, und mer den Zustand des Gymnasiums in Schrimm kennt, wie ich, hat sich durch diese Gründe überzeugt halten müssen, und deswegen ist der Mann nach Coblenz verlegt worden, — ich glaube, auch keine so böse Station.

Auf einen Punkt habe ich noch etwas ausführlicher einzugehen, das ist das Alumnat am Mariengymnasium in Posen. Meine Herren, das ist keine kirchliche Anstalt gewesen, sondern eine Staatsanstalt, eine Staatsanstalt, gegründet zu dem Zweck, um Schülern des Mariengymnasiums in Posen, deren Eltern oder Vormünder sich verpflichten, die katholische Theologie studieren zu lassen zu dem Zweck, oestliche Aemter in der Provinz Posen zu übernehmen, — um diesen Schülern Aufnahme zu gewähren. In Wahrheit war diese Anstalt das, was man auf rein kirchlichem Boden ein Knabenseminar nennt, und wenn das Gesetz vom 11. Mai 1873 gebietet, daß die kirchlichen Knabenseminare geschlossen werden sollen und keine neuen Schüler in sie aufgenommen werden dürfen, so scheint mir der Schluß ein ganz zwingender zu sein, daß der Staat nicht gleichartige Anstalten existieren lassen darf auf seinem, dem staatlichen Gebiet. Das ist der nächstliegende Grund gewesen, Maßnahmen gegen das Alumnat bei dem Mariengymnasium in Posen zu treffen.

Aber, meine Herren, dieses Alumnat ist denn doch von einem sehr eigentümlichen Charakter gewesen. Im Jahre 1846 — Sie erinnern sich an der Zahl an gewisse Bewegungen in der Provinz Posen — mußte dieses Alumnat um dieser Bewegung willen geschlossen werden. Im Jahre 1848 hatte es gar keinen Besuch. Im Jahre 1863 mußten 21 Alumnen wegen Betheiligung an den politischen Ereignissen entfernt werden und 13 wurden wegen Betheiligung an einem politischen Geheimbunde gerichtlich bestraft. Seitdem haben die Ober-Präsidenten v. Horn und Graf Rüdiger immer und immer darauf gedrungen, diesem Alumnat ein Ende zu machen, und nachdem nun die neue Gesetzgebung, wie ich andeutete, hinzutreten war, gab dieselbe neue Veranlassung in Bezug auf diese Frage. Ich habe nun einen Kommissär mit den Provinzialbehörden erörtern lassen, was wohl das Beste sei, die Anstalt umzubilden oder sie aufzulösen und die ihren Zwecken gewidmeten Mittel für verwandte Zwecke zu verwenden.

Man ist dahin gelangt, nicht die Umwidmung zu empfehlen, weil keine Garantie dafür zu erlangen ist, daß in der Stadt Posen diejenigen Vorteile erreicht werden können, die zu erreichen sind. Es ist nämlich dringend wünschenswert, daß der Zuzug zu dem Mariengymnasium in Posen etwas abnimmt. Das Mariengymnasium krankt an einer Ueberfüllung im allerhöchsten Grade und wenn noch künstliche Zugmittel, wie Alumnisten, dabei bestehen, so liegt es in der Natur der Dinge, daß der Andrang der Zöglinge ein sehr kräftiger ist. Auf der anderen Seite ist aber in der Provinz Posen die Erscheinung vorhanden, daß die Gymnasien außerhalb der Stadt Posen zum Theil sehr gering besucht werden. Es ist also sehr wünschenswert, eine Vertheilung eintreten zu lassen. Diese Vertheilung ist allerdings dann möglich, wenn die Mittel eine Bestimmung bekommen, die ihre Verwendung an den verschiedenen pöfischen Anstalten zulässig und möglich macht. Deshalb hat die Staatsregierung, auch von politischen Gründen abgesehen, zu dem Entschlusse sich bewegen gefunden, die vollkommene Auflösung des Alumnats und seinen Ersatz durch eine andere Einrichtung Ihnen vorzuschlagen. Denn so liegt die Sache. Die Anstalt ist bisher nicht aufgelöst, sie ist vorläufig nur geschlossen. Ihre wirkliche Auflösung kann erst eintreten, wenn die Landesvertretung das Surrogat genehmigt, nämlich den neuen Verwendungszweck derjenigen Mittel, die bisher bei dem Alumnat verwendet wurden; und da ist nun in Aussicht genommen, daß Stipendien dafür geschaffen werden. Wenn diese Stipendien-Summe in den Etat der allgemeinen Position für Stipendien zugelegt worden ist, so ist damit nicht ausgedrückt, daß die Provinz Posen auch nur im geringsten dabei verlieren soll, sondern es ist nur das notwendige etatsmäßige Verfahren bei der Erhöhung der Position, die diesen allgemeinen Titel hat, innegehalten. Es besteht die bestimmte Absicht, die gesammte Summe, die als Stipendien an Stelle der Gelder für das Alumnat auszuwerfen sind, zu verwenden für herfürliche und würdige Schüler der drei oberen Klassen in dem königlichen Gymnasium in Posen. Dies ist bereits durch eine vorläufige Zustimmung — sonst hätte die Vorlage dem Landtage nicht gemacht werden können — auch von Allerhöchster Stelle sanctionirt worden.

Ich glaube also, die Beschwerden, die in dieser Beziehung der Herr Abgeordnete hervorgehoben hat, werden sich selbst in seinen Augen wenn nicht beseitigen, so doch ein wenig mildern.

## Vom Landtage.

### Abgeordnetenhaus.

Berlin, 13 März. 7 Uhr Abends. Am Ministerialrat Falk und mehrere Kommissarien.

Die Etatsberatung ist vor den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben des Kultusministeriums stehen geblieben: Tit. 1. zum Bau eines Campo santo am Dom in Berlin erste Rate 600,000 Mark. Abg. Rixe beantragte unter Abziehung dieser Summe, die Verlegung eines besonderen Gesetzes, die Begründung desselben durch einen ausgearbeiteten Plan nebst Kostenanschlag und die Föhrung des Baues, daß der monumentale Charakter des unter „Schönung“ (Wirkung) beantragt statt dieses Wortes unter „Auslösung“ des bestehenden Domes fertig zu stellenden Gebäudes gewahrt wird; ferner die Uebernahme vorzulegen, aus denen hervorgeht, daß für den Fall der Ausführung des Baues das Eigentumsrecht an dem Baugrunde und den darauf befindlichen und noch zu errichtenden Baulichkeiten im staatlichen Interesse geregelt ist.

Abg. Miquel u. Gen. beantragen, über den Antrag Rixe zur Tagesordnung überzugehen.

Die Budgetkommission, in deren Namen der Abg. Birchow referirt, hat sich mit der Bewilligung der 600,000 M. und dem von der Staatsregierung vorgelegten Plan einverstanden erklärt. Der Bau des Campo santo würde 3,078,600 M. kosten, nachdem bereits ungefähr 871,000 M. verbaut sind. Nach kurzer Debatte wird der

Antrag Rixe mit großer Mehrheit abgelehnt; dafür stimmt fast nur die Fortschrittspartei.

Abg. Loebe will statt des Ausdrucks Campo santo der Bezeichnung „Begräbnisstätte des preussischen Königs Hauses“ den Vorzug geben und mit dieser Aenderung, die vom Ministerialrat abgelehnt wird, wird die erste Rate von 600,000 Mark bewilligt, nachdem Windthorst (Meyen) im Namen des Zentrums erklärt hat, daß dasselbe für die Bewilligung stimmen und die Ausführung des Baues lediglich dem Königs Hause überlassen wird. Gegen die Bewilligung stimmen Bismarck, seine politischen Freunde und Abg. Rixe.

3000 M. zur Begründung einer Fachbibliothek für den Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten werden bewilligt, nachdem Windthorst (Meyen) das Bedürfnis einer solchen Bibliothek bestritten hat, da die Mitglieder des Gerichtshofes mit den Maigesetzen in der Hand ihre Schuldtigkeit durchaus thun können.

Titel 4-48 umfassen die Universitäten. Anlässlich der Berliner Universität beantragt die Budgetkommission: die Staatsregierung erneut und dringend aufzufordern, einen geordneten Plan für den Neubau der großen Staatsanstalten für Wissenschaft und Kunst in Berlin anzustellen zu lassen und bei der Veranlassung des nächsten Etats vorzulegen, wobei namentlich die Akademie der Künste, das ethnologische Museum und die medizinischen Kliniken, das Gewerbemuseum und die Räume für Kunstausstellungen in Betracht zu ziehen sind. Dabei ist eine nahe Zusammenlegung der verwandten Anstalten und die Möglichkeit künftiger Erweiterungen in's Auge zu fassen.

Abg. Dohrn will in Resolution auch das „naturwissenschaftliche Museum“ aufnehmen und dafür die für dasselbe geforderte erste Rate von 150,000 M. streichen. Nachdem Geh. Rath Goeppert diesem Antrage, widerprochen, weil er praktisch schwer durchzuführen sei, Abg. Dohrn seinen Antrag begründet und Geh. Rath Goeppert die Bewilligung der ersten Rate empfohlen, weil auch bei der Verlegung der naturwissenschaftlichen Sammlung immer noch Raum genug in der Universität bleiben würde, um eine kleinere für den Unterricht genügende Sammlung aufzustellen, wird die erste Rate für das naturwissenschaftliche Museum bewilligt, der Antrag der Budgetkommission angenommen; ferner dem Titel 115, dessen Debatte hiermit verbunden wird, folgende Ueberschrift gegeben:

„Zur Erwerbung des in der Charlottenstraße zu Berlin belegenen Kaiserlichen Classikerelements, sowie zur Ausführung von Projektarbeiten eines die Akademie der Wissenschaften und die königliche Bibliothek umfassenden Gebäudes.“

Die Titel 49-73: Zum Bau von Gymnasialgebäuden, 74-104: zum Bau von Seminargebäuden, 105-121: für Kunst- und wissenschaftliche Zwecke und zur Errichtung von Denkmälern und 122-126: zu Ausgaben für das Medizinalwesen werden ohne erhebliche Debatte bewilligt, und ist damit die Beratung des Kultus-Etats beendet.

Es folgt die Beratung des Etats von den Einnahmen und Ausgaben der Verwaltung des vormaligen kurfürstlich hessischen Hausfideikommisses für das Jahr 1875, und des Nachtrags zum Staatshaushaltsetat für das Jahr 1875.

Die Budgetkommission beantragt, denselben zu genehmigen und schlägt hinsichtlich der Petition des Landgrafen Ernst von Hessen-Philippsthal und Genossen vor: „in Erwägung, daß den etwaigen Rechtsansprüchen der Petenten nach der Erklärung der Staatsregierung und nach der Meinung des Hauses durch Genehmigung des vorgelegten Nachtrags-Etats in seiner Weise präjudicirt wird“, geht das Haus über die Petition zur Tagesordnung über.

Referent Hammacher empfiehlt diese Anträge, weil sowohl die Regierung als auch die Budgetkommission aus dem juristischen Gutachten die Anschauung gewonnen, daß gute Gründe dafür sprechen, daß dieser Hausfideikommiss Eigentum des preussischen Staates sei, und bringt einen Protest der Rechtsanwälte der Agnaten des verstorbenen Kurfürsten gegen diese Rechtsanschauung zur Kenntnis des Hauses.

Abg. Windthorst (Meyen) theilt die Rechtsanschauung der Regierung nicht, bedauert aber, dieselbe nicht ausführlich widerlegen zu können, weil ihm bei der kurzen Zeit das Material nicht genügend zugekommen sei. (Abg. Wehrenpennig: Gott sei Dank! Heiterkeit.) Es sei schlimm, daß der Abg. Wehrenpennig die Rechtsansprüche der Agnaten nicht genauer unteruchen will. (Abg. Wehrenpennig: Das können wir gar nicht!) Redner hält das Fideikommiss ausschließlich für Privateigentum der kurfürstlichen Familie; er verliest mehrere gesetzliche Bestimmungen, welche dieses Privateigentum beweisen sollen.

Geh. Rath Michelli erwidert, daß sich diese Bestimmungen nicht auf das Fideikommiss, sondern auf den Hausfideikommiss beziehen, der hier gar nicht in Frage komme. Sollten die Agnaten der jüngeren Linie in dem rechtsabhängigen Prozeß auch ein obliegendes Erkenntnis erlangen, so steht es doch noch in sehr weiter Ferne, ob sie jemals der älteren Linie succedieren, die durch ihren Vertreter, den Landgrafen Friedrich, der der nächste successionsfähige Erbe ist, anerkannt hat, daß das Fideikommiss Eigentum des preussischen Staates sei. Soll nun nicht die Regierung für eine ordentliche Verwaltung Sorge tragen, da die Eventualität der Erbfolge der jüngeren Linie noch in weiter Ferne liegt? (Lebhafter Beifall.)

Das Haus tritt den beiden Anträgen der Budgetkommission mit großer Mehrheit bei.

Ein zweiter Nachtrag zum Staatshaushalt, der verschiedene einmalige Ausgaben im Etat der Domänen, der Forstverwaltung u. s. w. enthält, wird fast ohne Debatte genehmigt. Nur in Bezug auf die erste Rate von 225,000 Mark zum Neubau eines Geschäftshauses der Abtheilung des Stadtgerichts für Untersuchungsgefängnisse und zum Neubau von Untersuchungsgefängnissen für dieselbe zu Berlin, einschließlich zur Erwerbung eines Privatgrundstückes, erhebt der Referent Hammacher den Einwand, daß die beabsichtigte Verlegung des neuen Gebäudes nach Moabit für das Justizpersonal und das Publikum in hohem Grade un bequem sein wird. Die Budgetkommission hat aber schließlich den Vorschlag der Regierung acceptirt, weil ein Terrain in der Mitte der Stadt nicht zu beschaffen ist, das neue Gebäude in der Nähe der Wartenstraße in Moabit mit der Hauptstadt durch eine Pferdebahn in Verbindung stehen wird und der gegenwärtige Zustand geradezu unerträglich ist. Abg. Leffelt bringt die durch die Verlegung der Advokaten erwachende Schwierigkeit zur Sprache. Aber ein Vertreter der Staatsregierung führt aus, daß man sich in einer Zwangslage befindet, die nicht anders zu bewältigen ist; denn es giebt weder zwischen Wartenstraße und Wollenmarkt noch sonst im Innern der Stadt ein geeignetes Terrain. Das Haus genehmigt auch diese Position.

Schließlich wird das Etatsgesetz selbst vorbehaltlich der Feststellung der Zahlen im § 1 genehmigt und ist damit die zweite Beratung des Staatshaushalts beendet.



